

### 3. Die Verfassung, 1776-1796

#### 0. Übersicht:

1. Revolution?
2. Der Weg zur Verfassung
3. Die neue Regierung

#### 1. Revolution?

Jahre nach dem Sieg im Unabhängigkeitskrieg meinte der spätere US-Präsident John Adams:

“The Revolution was effected before the war commenced. The Revolution was in the minds and hearts of the people ... This radical change in the principles, opinions, sentiments, and affections of the people, was the real American Revolution.”

Adams sprach hier Probleme an, die schon Zeitgenossen, besonders aber Historiker späterer Generationen intensiv beschäftigten:

- Was war 1776 mit der Unabhängigkeitserklärung der nordamerikanischen Kolonien und dem anschließenden Krieg eigentlich geschehen?
- War dies nur die erfolgreiche Revolte ohnehin schon weitgehend autonomer Siedlerkolonien oder tatsächlich eine Revolution, die die Verhältnisse in Nordamerika grundlegend umstürzte und weit über den eigenen Kontinent hinaus Wirkung zeigte?
- Wenn es eine Revolution war, wann begann sie und was erreichte sie?
- Wurde hier das bürgerliche Zeitalter eingeläutet oder handelte es sich eher um ein frühes Beispiel erfolgreicher Dekolonisation?

Um diese und ähnliche Fragen ansatzweise zu beantworten, werden wir heute einen Blick auf den Charakter der Vorgänge zwischen 1776 und 1783 werfen, die anschließende Entwicklung bis zur Verabschiedung der Verfassung betrachten und schließlich die ersten Gehversuche des neuen Staatswesens untersuchen.

Der amerikanische Historiker Robert. R. Palmer hat die interessante These aufgestellt, die Vorgänge, die zur Unabhängigkeit der USA führten, seien der Beginn einer welthistorischen “Atlantischen Revolution” gewesen. Die in Nordamerika propagierten Prinzipien von Bürgerfreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz, Schutz der Persönlichkeit und womöglich des Eigentums - eben die Menschenrechte - hätten schnell nach Europa übergegriffen und nach zunächst gescheiterten Revolutionsversuchen in den NL und in der Schweiz eine maßgebliche Rolle bei der siegreichen Franz. Revolution von 1789 gespielt. Danach seien die Grundideen der Atlantischen Revolution nicht zuletzt aufgrund der Siege der franz. Armeen in ganz Europa verbreitet

worden.

Dies ist eine faszinierende These, die nicht nur weite Horizonte öffnet, sondern auch die nationalstaatliche Beschränktheit der europäischen, insbesondere der franz. Historiographie attackiert. Unterschwellig enthält diese These jedoch auch Ingredienzien jenes Sendungsbewußtseins, wonach alle Segnungen der Moderne in den USA ihren Ursprung haben. Franz. Revolutionshistoriker von Albert Soboul bis Michel Vovelle haben denn auch Palmers Ansatz vehement zurückgewiesen und auf die nationale Eigenart "ihrer" Revolution gepocht.

Dabei sind die Verbindungslinien zwischen Nordamerika und Frankreich in der Revolutionsepoche schon bei oberflächlicher Betrachtung offensichtlich. So übernahm die franz. Revolution von den Amerikanern wichtige symbolische Elemente wie Freiheitsbaum und Freiheitsmütze (= Jakobinermütze). Auch direkte biographische Verbindungen sind nachweisbar, denkt man etwa an General Lafayette und an Thomas Paine, die sich an beiden Revolutionen aktiv beteiligten. V .a. aber übernahmen die franz. Revolutionäre Grundideen des amerikanischen Vorbilds, wie die Menschenrechtserklärung, die Idee einer schriftlichen republikanischen Verfassung etc.

Aber Ausgangslage, Durchführung und Konsequenzen der revolutionären Vorgänge waren doch sehr unterschiedlich. In Nordamerika gab es keinen Adel, keinen privilegierten Klerus und keinen amorphen Dritten Stand, der um fundamentale Rechte kämpfen mußte. Obendrein war der König weit weg und lange Zeit war das relativ freiheitliche Parlament des Mutterlandes der eigentliche Feind, weil man dort nicht mitbestimmen durfte. Zwar führte Nordamerika ähnlich wie Frankreich Krieg zur Durchsetzung der revolutionären Prinzipien, aber es gab kein Terrorregime - nur den lokalen Terror des Mobs unter den Bedingungen eines Bürgerkriegs. Am Ende standen weder ein Napoleon noch die Restauration, sondern nur die kontinuierliche Weiterentwicklung des neuen Staatswesens. Ging es also doch nur um die Befreiung von britischer Kolonialherrschaft? Und nachdem dieses Ziel erreicht war, konnten die USA sich in Ruhe dem eigenen Aufbau widmen wegen der günstigen geostrategischen Lage, derzufolge der Atlantische Ozean die Nordamerikaner vor weiteren europäischen Interventionsversuchen weitgehend schützte? - Was also war geschehen?

Ausgangspunkt der Unabhängigkeit der USA, wie letztes Mal dargelegt, war das Bemühen der Mehrheit der Kolonisten, ihre traditionellen Rechte gegen die Zentralisierungsbestrebungen der britischen Krone und des britischen Parlaments zu verteidigen. Es ging also keineswegs um neue Rechte. Von Umsturz oder gar Revolution war zunächst nicht die Rede. Erst der beginnende Krieg und die starre Haltung Londons führten eine neue Lage

herbei. Insofern unterschieden sich die Vorgänge in Nordamerika nicht grundsätzlich von den Anfängen der Franz. Revolution, oder der Englischen Revolution des 17. Jahrhunderts, wo es zu Anfang auch um die Verteidigung eines tatsächlichen oder eingebildeten Status quo ging.

Auch die 1776 verkündeten revolutionären Ziele waren keineswegs neu. Bei der von Thomas Jefferson so brillant formulierten Unabhängigkeitserklärung standen eindeutig Locke, Montesquieu und die schottischen Aufklärer Pate. So berief sich Jefferson auf das Naturrecht als objektiven Maßstab. Daraus aber ergab sich sein Grundsatz: "all men are created equal". Dies bedeutete den Schutz der unveräußerlichen Grundrechte auf Leben und Freiheit. An die Stelle von Lockes materialistischem Recht auf Eigentum setzte Jefferson jedoch ein neues Prinzip, das tatsächlich einzigartig blieb: "the pursuit of happiness" - das Streben nach Glück. Damit wurde die Freiheit des Individuums, seine Ziele selbst festzusetzen, stärker betont als in jedem anderen späteren Verfassungsstaat. Hierin lag, meiner Ansicht nach, eine der Wurzeln für die zukünftige Besonderheit und Stärke der USA. Aufgabe der Regierung, so Jefferson weiter, sei es allein, den Schutz dieser Grundrechte zu garantieren und die Rahmenbedingungen für ein gedeihliches Zusammenleben der Gemeinschaft zu schaffen. Da George III. in dieser Aufgabe versagt habe, erklärten sich die Kolonien nun für unabhängig.

Der Unabhängigkeitserklärung folgte eine ganze Serie von Verfassungsbeschlüssen, die im Kern alle in die gleiche Richtung gingen: Bürgerfreiheit, Selbstbestimmung und Schutz der Grundrechte. Herausragend war hier die von George Mason formulierte und bereits am 28. Juni 1776 verabschiedete Virginia Declaration of Rights. Zu den bereits erwähnten Grundrechten, kamen hier u.a. der Schutz der Person vor staatlicher Willkür, Rechtssicherheit, ein Verbot der Folter, Pressefreiheit, Wahlrecht, Widerstandsrecht, Recht auf Gewissensfreiheit und freie Religionsausübung hinzu. Diese Prinzipien wurden zu Grundbestandteilen amerikanischer Verfassungstradition. Ihren vorläufigen Abschluß fand die Verfassungsentwicklung in den am 15. November 1777 verabschiedeten "Articles of Confederation and Perpetual Union", mit denen die United States of America offiziell aus der Taufe gehoben wurden. Dieses erste Verfassungsdokument des Gesamtstaats war in insofern bemerkenswert, als hier nun endgültig die republikanischen Strukturen festgeschrieben wurden. Die Konföderation erhielt im Kongreß ein zentrales Parlament, das sogar einen Präsidenten wählte. Dies ging über das bisherige aufklärerische Staatsverständnis hinaus, demzufolge Republiken eigentlich nur in geographisch eng begrenzten Räumen, also etwa Stadtstaaten oder Eidgenössische Mitgliedsstaaten, möglich war. Die geographisch riesigen USA stellten somit ein gewagtes Experiment dar. Andererseits handelte es sich bei der Konföderation eher um einen Staatenbund, denn die

Kongreßmitglieder wurden von den Parlamenten der Einzelstaaten bestimmt. Eine bundesstaatliche Regierung im eigentlichen Sinne gab es nicht, denn der Präsident besaß allenfalls repräsentative Funktionen. Die bundesstaatlichen Exekutivaufgaben übernahmen die Ausschüsse des Kongresses. Eine Trennung zwischen Legislative und Exekutive existierte somit noch nicht.

In jedem Falle aber stellte die Entwicklung seit 1776 eine politische Revolution dar. Die republikanischen Verfassungsstrukturen sowohl auf der Ebene der Einzelstaaten als auch auf Konföderationsebene waren in dieser Form neu. Überdies aber ging der Schutz der Grund- und Bürgerrechte zu diesem Zeitpunkt nirgendwo so weit wie in den USA. Nirgendwo auch war die Beteiligung der Bürger am politischen Prozeß auf allen Ebenen derart breit angelegt wie in den USA. Großzügige Wahlrechtsgesetze und das Prinzip subsidiärer Wahlen (von unten nach oben, v.a. zum Kongreß) machten die USA zum Vorreiter der Demokratie in dieser Zeit. Daß all dies nicht nur die Erfindung einer kleinen Elite blieb, sondern auf breite Zustimmung in der Bevölkerung stieß, zeigten das wachsende politische Bewußtsein der Massen und die hohe Wahlbeteiligung (bis zu 80%) auf allen Ebenen. Das sich rasch entwickelnde Pressewesen (auch überregional, 200 Zeitungen um 1800) und häufige öffentliche Versammlungen förderten diese Entwicklung. Doch tendenziell zeichnete sich die Politisierung der Massen schon lange vor 1776 ab. Insofern war die eingangs zitierte Bemerkung von John Adams vollauf korrekt: die politische Revolution begann schon lange vor der Unabhängigkeit. Die Unabhängigkeit verhalf ihr nur zum Durchbruch. Der Unabhängigkeitskrieg leistete dann einen weiteren Beitrag, als vieler Bürger in den Milizen kämpften und dabei die Bedeutung politischer Vorgänge am eigenen Leibe verspürten. Hieraus ergab sich dann auch ein gewisser egalitärer Zug der Entwicklung. Denn wer in den Bürgerwehren für die Freiheit gekämpft hatte, wollte sich danach von keiner noch so prominenten Persönlichkeit Vorschriften machen lassen. Auch darin lag natürlich etwas Revolutionäres: im Unterschied zu den meisten Europäern der damaligen Zeit hatten viele Amerikaner den aufrechten Gang gelernt. [Flagge VIRGINIA]

Allerdings sollte man sich davor hüten, die Anfänge der amerikanischen Demokratie zu romantisieren. Wenn es in der Unabhängigkeitserklärung hieß "all men are created equal", dann lag die Betonung auf men. Dabei hatten auch viele Frauen ihren Beitrag im Unabhängigkeitskrieg geleistet. Wenn die Männer in den Krieg zogen, dann verrichteten die Frauen deren Arbeit in der Heimat, führten die Geschäfte weiter, pflügten die Felder und hielten die Familien zusammen. Wenn der Feind das eigene County verwüstete, dann litten Frauen genauso wie Männer, wenn nicht mehr. Frauen gossen Gewehrketten und sammelten Geld für die Verpflegung der Truppen. Manche Frauen zogen mit ihren Männern ins Feld, einige wenige meldeten sich sogar in Verkleidung zum Dienst an der Waffe. Und doch sollten sie vom

Gleichheitsgebot ausgeschlossen werden, keine Bürgerrechte erhalten, weder passiv noch aktiv am Wahlrecht beteiligt werden? Die Männer sollten weiterhin die Macht über die Frauen behalten?

Dagegen gab es Protest. Am 31. März 1776 schrieb Abigail Adams an ihren Mann John:

“In the new Code of Laws which I suppose it will be necessary for you to make I desire you would remember the Ladies ... Do not put such unlimited power into the hands of the husbands.”

Die Männer seien “naturally tyrannical” und ihrer gesetzlosen Grausamkeit müsse Einhalt geboten werden. Ansonsten:

“If particular care and attention is not paid to the Ladies we are determined to foment a Rebellion, and will not hold ourselves bound by any Laws in which we have no voice, or Representation.”

Doch mit diesen Anspielungen auf Kernbegriffe des amerikanischen Unabhängigkeitskampfes biß Mrs. Adams bei ihrem Ehemann auf Granit. Er antwortete kühl:

“Depend upon it, we know better than to repeal our Masculine systems.”

Der Kampf um die Rechte der Frauen sollte noch sehr lange dauern. Einstweilen blieben nur “all men created equal”.

Doch selbst das stimmte nicht. All die noblen Grundsätze von Freiheit, Gleichheit, Selbstbestimmung und das Recht auf Suche nach Glück galten nicht für die schwarzen Sklaven. Der aufgeklärte Thomas Jefferson, der selbst über hundert Sklaven hielt und nicht davor zurückschreckte, seine Sklavin Sally Hemings kontinuierlich sexuell zu mißbrauchen, war sich des Widerspruchs deutlich bewußt. In der von ihm ursprünglich verfaßten Version der Unabhängigkeitserklärung befand sich denn auch ein Passus, demzufolge die Sklaverei allmählich abzuschaffen sei. Doch die mächtigen Pflanzerinteressen des Südens, deren Einnahmen auf Sklavenarbeit beruhten, sorgten dafür, daß dieser Passus gestrichen wurde. Zwar begannen zu diesem Zeitpunkt alle Staaten nördlich von Maryland und Delaware allmählich damit, zunächst den Sklavenhandel zu verbieten und dann schließlich die Sklaverei überhaupt zu unterbinden. Doch dieser Prozeß dauerte bis weit ins 19. Jahrhundert hinein (New York: 4. Juli 1827). Überdies erhielten nur wenige freigelassene Schwarze in wenigen Staaten volle Bürgerrechte. Im Upper South ging die Sklaverei im alten Stil weiter, auch wenn aufgeklärte Pflanzer wie Jefferson, George Washington und Patrick Henry dabei Unbehagen empfanden. Im tiefen Süden jedoch wurde die Sklaverei sogar noch intensiviert. V.a. South Carolina importierte in der Folgezeit zehntausende neuer Sklaven, um die Verluste aus dem Unabhängigkeitskrieg zu ersetzen. Hier stellten die Ideologen der Sklaverei ohnehin zunehmend die Frage, ob Schwarze überhaupt zur menschlichen Rasse gehörten und wie man nur auf die Idee kommen könne, die Prinzipien der

Unabhängigkeitserklärung auf sie anwenden zu wollen. Mit Schafen, Kühen und Pferden tue man dies doch auch nicht. Somit kündigten sich düstere Entwicklungen an, die die Zukunft der USA noch schwer belasten sollten.

Jefferson bewies Weitblick, als er 1785 in seinen Notes on Virginia schrieb:

“Indeed I tremble for my country when I reflect that God is just; that his justice cannot sleep forever.”

Für die Ureinwohner galten die amerikanischen Freiheitsprinzipien ebenso wenig. Sie wurden als Ausländer betrachtet, mit denen man Verträge schliessen konnte oder gegen die man bis zur Ausrottung Krieg führte. Allenfalls konnten sie sich der Souveränität der USA unterstellen. Dann allerdings erhielten sie den Status eines Kolonialvolkes. Die freiheitsliebenden USA, die gerade ein angebliches koloniales Joch abgeschüttelt hatten, leisteten sich auf diesem Gebiet eine Doppelmoral, die ihnen bis in die Gegenwart hinein nicht fremd blieb. Dagegen erhob sich allerdings noch weniger Protest als in der Sklavereifrage.

Die politische Revolution, die 1776 wohl zweifellos stattfand, hatte somit enge Grenzen. Es war die Revolution der Mehrheit unter den weißen Männern. Sie verband der Wunsch nach Selbstregierung und individueller Selbstbestimmung. Die britische Kolonialherrschaft war dabei im Wege und wurde deshalb beseitigt. Insofern war es auch ein Akt der Dekolonisierung. Aber wie auch das Ende der Kolonialreiche nach 1945 zeigte, bedeutete Dekolonisierung noch lange nicht Freiheit und Selbstbestimmung für alle. Manche Menschen waren eben gleicher als andere. Das sicherlich häufig ernst gemeinte moralische Pathos, mit dem diese Revolution verbrämt wurde, reichte deshalb nur solange, wie nicht andere Gruppen Gleiches verlangten. Diese Doppelmoral wurde zu einer schweren Bürde in der Geschichte der USA.

Die moderne Forschung unterscheidet neben der politischen Revolution auch die soziale Revolution. Durch die Entmachtung von Adel und Klerus war die Große Franz. Revolution zweifellos auch eine soziale Revolution. Noch mehr galt dies natürlich für die Russische Oktoberrevolution, die aufgrund des marxistisch-leninistischen Programms eine klare soziale Zielsetzung besaß. Und die Amerikanische Revolution? Folgt man dem deutschen Historiker Jürgen Heideking, dann besaß diese Revolution eine eindeutig soziale Komponente. Immerhin verloren 70% der kolonialen Amtsinhaber ihre Stellung und die Hälfte der Oberschicht wurde ausgetauscht. Obendrein mußten ja gut 100.000 Tories unter Zurücklassung ihrer Habe das Land verlassen. Viele Staaten versteigerten das Eigentum der Flüchtlinge und ermöglichten auf diese Weise neuen Gruppen den sozialen Aufstieg. Doch wirkliche soziale Revolutionen verändern nicht nur Besitzverhältnisse, sondern auch sozio-ökonomische Strukturen, etwa durch Beseitigung von

Feudalismus oder Kapitalismus. Davon konnte jedoch in Nordamerika keine Rede sein. An den sozio-ökonomischen Grundbedingungen änderte sich prinzipiell nichts. Agrar- und Handelskapitalismus, sowie die Anfänge eines Industriekapitalismus blieben die bestimmenden Produktionsverhältnisse. Das galt sogar für die Sklavenplantagen, die weiterhin nach kapitalistischen Profitprinzipien arbeiteten. Man kann noch nicht einmal davon sprechen, daß die Amerikanische Revolution einen Sieg des Kapitalismus darstellte, denn dessen unbeschränkte Vorherrschaft wurde auch unter der britischen Krone nicht bestritten.

Und wie sieht es mit den egalitären Tendenzen aus, die Heideking und andere immer wieder betonen? Im politischen Bereich gab es sie zweifellos, wie bereits erwähnt. Doch in sozialer Hinsicht war davon so gut wie nie die Rede. Gleichheit bedeutete naturrechtliche Gleichheit und deshalb Gleichheit vor dem Gesetz, und auch dies vornehmlich theoretisch. Noch theoretischer blieb die Idee der Chancengleichheit, auch wenn die USA recht frühzeitig bei der Schaffung eines öffentlichen Bildungswesens eine Vorreiterrolle übernahmen. Aber die Idee einer Gleichheit des Besitzes, wie sie einige Radikale in Frankreich propagierten und die Russische Revolution durchzusetzen suchte, blieb in den USA verpönt. "Pursuit of happiness" bedeutete eben auch, daß jeder seines eigenen Glückes Schmied war und ein Recht darauf besaß, die Früchte seiner Erfolge geschützt zu sehen. Die weniger Erfolgreichen besaßen keinen Anspruch auf Hilfe, etwa gar aus den Steuergeldern der Vermögenden. So wurden die USA das Land des unbeschränkten Konkurrenzkampfes von Individuen und Gruppen. Dieses eiskalte "jeder für sich", wirkte für viele Europäer bis in die Gegenwart hinein abstoßend und trug wesentlich zur Entstehung anti-amerikanischer Vorurteile bei.

Es muß auch bezweifelt werden, daß America 1776 eine bürgerliche Revolution erlebte. Schließlich gab es keine Feudalrechte, gegen die eine unterdrückte Bourgeoisie hätte aufbegehren können. Die bürgerlichen Freiheiten, in deren Namen man die Unabhängigkeit erkämpfte, waren vielmehr bereits zum großen Teil vorhanden. Kapitalistische Prinzipien brauchten nicht erst verwirklicht zu werden. Auf der anderen Seite blieben die gewaltigen Unterschiede zwischen dem Handelskapital in den großen Städten des Nordens und dem Agrarkapital der Plantagenbesitzer im Süden unvermindert bestehen. Gerade im Süden hatte sich sogar so etwas wie eine Aristokratie herausgebildet, deren ökonomische Grundlage aber nicht auf Feudalrechten, sondern auf der Arbeitskraft der Sklaven beruhte. Man muß deshalb mit der Verwendung des Begriffs "Aristokratie" für die Pflanzereiten vorsichtig sein. Tatsache ist jedoch, daß sich diese Eliten einen quasi-aristokratischen Lebensstil angewöhnt hatten. Die großen Plantation Houses, wie George Washingtons Mount Vernon, Thomas Jeffersons Monticello und George Masons Gunston Hall glichen bereits den Schlössern europäischer

Landadliger. Man verkehrte auch mit Vorliebe untereinander, heiratete untereinander und befeiligte sich einer aristokratischen Etikette. Dazu paßte auch, daß die Söhne der vornehmen Familien zunehmend eine militärische Ausbildung erhielten, um ihnen auch im Krieg als Offiziere eine standesgemäße Führungsposition zu sichern. Man könnte deshalb von einer informellen Aristokratisierung sprechen, die den Prinzipien einer bürgerlichen Revolution widersprach. Erst 90 Jahre später wurde damit Schluß gemacht, als Amerika im Bürgerkrieg die soziale Revolution angeblich nachholte, wie der Soziologe Barrington Moore behauptete. Doch darüber ein andernmal.

## 2. Der Weg zur Verfassung

Wie kritisch auch immer man die Amerikanische Revolution beurteilt, so kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß der Sieg im Unabhängigkeitskrieg ein welthistorisches Ereignis darstellte. Im Lichte späterer Triumphe der USA wird allerdings häufig vergessen, dass die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit keineswegs wie der Aufbruch in ein neues, leuchtendes Zeitalter aussahen. Im Gefolge des Krieges betrug allein die Inlandsverschuldung \$11 Mio und stieg schon bald auf \$ 28 Mio an. Die US-Währung war nahezu wertlos und sank immer weiter ab. Die Wirtschaft hatte unter den Kriegsfolgen zu leiden, der Außenhandel mit der Karibik und dem ehemaligen Mutterland wurde von den Briten schikaniert und teilweise ganz unterbunden. Der Handel mit anderen europ. Mächten, insbesondere Frankreich und Preußen, konnte dies kaum kompensieren. Zwar gelang ein spektakuläres Handelsabkommen mit China, das den Briten verwehrt blieb. Doch dieser Handel hatte vornehmlich langfristige Bedeutung.

Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten führten zu Unruhe und verschärften soziale Spannungen, v.a. zwischen der wohlhabenden städtischen Bourgeoisie und der Masse ärmerer Farmer im Hinterland. Als Massachusetts 1786 beschloß, die Inlandsverschuldung gegenüber reichen Bürgern durch erhöhte Massenbesteuerung abzubauen, lief das Faß über. Es kam zu spontanen Aufständen der Farmer. Im Januar 1787 marschierte schließlich ein Trupp Aufständischer unter der Führung des verarmten Farmers und Kriegsveteranen Daniel Shays auf das Bundesarsenal in Springfield. Milizen stellten sich den Aufständischen in den Weg und erschossen vier von ihnen. Der Aufstand war niedergeschlagen, doch führende Politiker, unter ihnen George Washington, befürchteten den generellen Ausbruch von Anarchie. Es mußte etwas geschehen.

Als Hauptschwachstelle galt die weitgehende Abwesenheit einer Bundesregierung. Tatsächlich "regierte" der Kongress vornehmlich durch seine Ausschüsse, dessen ständig wechselnde Mitglieder keinen Überblick über die Probleme gewannen. Außerdem besaß der Kongress kaum Rechte,



die Lage zu ändern. Er konnte praktisch keine Steuern erheben, keine Verträge und Gesetze durchsetzen und noch nicht einmal die vorgesehene Armee aufbauen. Gerade Letzteres hatten gegen Ende des Krieges führende Offiziere der Continental Army vorausgesehen. Da der Kongress die finanziellen Versprechungen an die Kriegsveteranen nicht einhielt, spielte eine Gruppe von Offizieren um Horatio Gates und Alexander Hamilton im Januar 1783 sogar mit dem Gedanken an einen Militärputsch. Doch ihr auserkorener Führer, George Washington, machte den Verschwörern klar, daß so etwas nicht infrage kam. Dies konnte jedoch nicht eine Meuterei von Soldaten in Philadelphia verhindern. Der Kongress ergriff die Flucht und tagte in den folgenden Jahren an ständig wechselnden Orten, was seine Effizienz nicht gerade erhöhte.

All dies war das Resultat des tiefen Mißtrauens der Revolutionäre von 1776 gegenüber einer starken Zentralregierung, die sich als quasi monarchische Macht aufspielen konnte. Deshalb war die Bildung einer funktionsfähigen Exekutive verhindert worden und deshalb auch verfügte der Kongress über so wenig Rechte. Die Rechte der Einzelstaaten dominierten. Doch so konnte ein derart großes Land auf Dauer nicht regiert werden. Shays Rebellion schien die endgültige Bestätigung dafür.

Auf Initiative von George Washington und v.a. dem zentralistisch gesonnenen Alexander Hamilton setzte deshalb eine Bewegung ein, die die Articles of Confederation revidieren wollte. Tatsächlich nahm Ende Mai 1787 eine nach Philadelphia einberufene Verfassungsgebende Versammlung mit Delegierten aus den meisten Staaten die Arbeit auf. Es war eine Versammlung der "Halbgötter", wie der in Paris als Botschafter weilende Thomas Jefferson feststellte. Immerhin hielt die in Philadelphia erarbeitete Verfassung in den wesentlichen Grundprinzipien bis heute. Das spricht sehr für die Weitsicht und Flexibilität der beteiligten Männer.

Dabei handelte es sich bei der neuen Verfassung der USA, angelsächsischer Tradition entsprechend, um einen Kompromiß zwischen verschiedenen Interessen. Vielleicht lag gerade darin der Grund für die Haltbarkeit der Verfassungsprinzipien.

Zentral bei alledem war das Mißtrauen, daß die Verfassungsväter dem Machtanspruch von einzelnen Menschen und Institutionen gegenüber beseelte. Die ganze Verfassung war deshalb primär ein System von "checks and balances", daß die Macht gleichmäßig verteilte und die Institutionen sich gegenseitig kontrollieren ließ. So entstand die vorbildliche Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative. Die Macht, die diesen zentralen Institutionen insgesamt zugewiesen wurde, war allerdings auch enorm, denn die Einzelstaaten mußten einen großen Teil ihrer Rechte zugunsten der Bundeszentrale abgeben.

Der Kongress wurde in zwei Häuser aufgeteilt. Das "House of Representatives" bildete eine Art Unterhaus. Es wurde zunächst für zwei Jahre von den amerikanischen Wählern direkt gewählt. Das Oberhaus, der Senat, wurde von jedem Staat für sechs Jahre mit zwei Repräsentanten beschickt, die in ihrem Abstimmungsverhalten aber nicht an Weisungen gebunden waren. Vorsitzender des Senats wurde der Vizepräsident. Beide Kammern konnten Bundesgesetze, v.a. auf wirtschaftlichem und rechtlichem Gebiet beschließen. Nur sie konnten mit Zweidrittelmehrheiten die Verfassung ändern, es sei denn, eine spezielle Versammlung wurde einberufen, was nie geschah.

Die USA erhielten nun auch eine starke Zentralregierung. Zu diesem Zweck wurde das Amt des Präsidenten eingeführt. Der Präsident wurde auf vier Jahre vom Volk gewählt, allerdings nicht direkt, sondern durch Wahlmänner, die die Wahlergebnisse der Staaten auf dem Wahlkongress einbringen sollten. Wiederwahl des Präsidenten war ohne Einschränkung möglich. Außerdem wurde ein Vizepräsident gewählt, der eine eher unglückliche Randfigur spielen mußte und nur im Falle des plötzlichen Tods oder Rücktritts des Präsidenten als dessen Nachfolger zum Zug kam.

Dem Präsidenten wurde enorme Macht zugewiesen. Man sprach deshalb immer wieder von einer Art Wahlkönigtum auf Zeit. Er war Staatsoberhaupt, Regierungschef und Oberkommandierender der Streitkräfte. Er besaß ein Vetorecht gegen über dem Congress, das nur mit Zweidrittelmehrheiten überstimmt werden konnte. Er konnte mit Hilfe von zwei Dritteln des Senats internationale Verträge schließen, Krieg und Frieden beschließen. Mit Hilfe der Mehrheit des Senats konnte er Diplomaten, Richter und andere Offizielle ernennen. Aber der Congress konnte den Präsidenten auf dem Wege eines Impeachmentverfahrens stürzen, wenn dieser das Gesetz gebrochen hatte. - checks and balances.

Als dritte Kraft wurde ein Supreme Court etabliert, der über die verfassungsmäßige Anwendung der Gesetze, das Bundesrecht und das verfassungsmäßige Verhalten von Einzelstaaten und Bürgern wachen sollte. Einzelheiten wurden hier dem Congress zur weiteren Festlegung überlassen.

All dies war vorbildlich und bewundernswert modern. Die politische Revolution in Nordamerika fand damit ihren kodifizierten Abschluß. Doch hinter der glitzernden Fassade tauchten Probleme auf, die noch Folgen haben sollten. Besonders die Meinungsverschiedenheiten zwischen Nord und Süd über die Sklaverei waren bedeutsam. So setzten die Südstaaten durch, daß bei der Bestimmung der Bevölkerungszahlen für die Menge der Abgeordneten im Repräsentantenhaus drei Fünftel der Sklaven mitgezählt wurden. Dafür

nahmen sie zähneknirschend dieselbe Regelung für die Berechnung der Bundessteuern in Kauf. Andererseits gelang es ihnen, den Kongress bis zum Jahre 1808 am Verbot des Sklavenhandels zu hindern. Überhaupt ging die Verfassung mit dem delikaten Problem der Sklaverei äußerst vorsichtig um. Statt 'slaves' hieß es "persons held to Service of Labor". Diese unklare Haltung gegenüber der "peculiar institution" sollte sich rächen.

Nach Fertigstellung des Verfassungsdokuments begann ein äußerst spannender Wahlkampf, denn die Wähler in den Einzelstaaten mußten das Papier ratifizieren. Dabei standen die Befürworter der neuen Verfassung, die zentralstaatlich orientierten Federalists, gegen die fundamentalistisch-libertären Anti-Federalists, die v.a. das Fehlen einer Bill of Rights beklagten. Am 21. Juni 1788, mit der Abstimmung in New Hampshire, wurde die Verfassung jedoch angenommen.

Der alte Benjamin Franklin schrieb daraufhin an einen Freund:

"Our constitution is in actual operation. Everything appears to promise that it will last, but in this world nothing is certain but death and taxes."

### 3. Die neue Regierung

Zum ersten Präsidenten wurde erwartungsgemäß George Washington einstimmig gewählt. Washington war zu diesem Zeitpunkt 57 Jahre alt. Sein Vize wurde John Adams.

Washingtons erste Aufgabe war die Schaffung einer Regierung. Von der alten Konföderation erbte er ein Außenministerium, das aus dem Anwalt John Jay und zwei Beamten bestand. Das Schatzamt besaß so gut wie keinen Schatz. Es gab riesige Schulden, aber keinen Apparat zur Steuereintreibung. Die Armee verfügte über 672 Mann. Eine Marine gab es nur auf dem Papier. Nun aber erlaubte der Congress im Sommer 1789 die Schaffung von Regierungsressorts, und Washington besetzte sie mit hervorragenden Männern: Jefferson als Außenminister, Hamilton als Finanzminister, Henry Knox als Kriegsminister. John Jay wurde oberster Richter. Der Präsident, in seiner Eigenschaft als Regierungschef, schuf sich somit ein Kabinett.

Mit dieser Regierung gelang es Washington in den folgenden Jahren unter Mitwirkung des Congresses die Grundlagen für eine funktionierende Bundesverwaltung zu schaffen. Hamilton reorganisierte und reparierte die Staatsfinanzen. Er setzte sogar die Gründung einer Nationalbank durch. Am 2. April 1792 erhielten die USA eine neue Währung, die in Anlehnung an den alten deutschen Reichstaler "dollar" genannt wurde. Bei der Schaffung des Dollar-Symbols stand der spanische Peso Pate. Der US-Dollar war zudem die erste Währung, die auf dem Dezimalsystem beruhte: Cents, Dimes, Dollar.

Hamilton fand auch eine Regelung für die Abgeltung der horrenden Schulden. Diese Regelung, die von den Einzelstaaten mitzutragen war, konnte allerdings nur durch eine wichtige Konzession an die Südstaaten erzielt werden: Die neue Bundeshauptstadt sollte am Potomac Fluß zwischen Virginia und Maryland errichtet werden, also im Upper South. Der Präsident sollte den genauen Ort bestimmen. Washington wählte dafür einen Ort, der möglichst nahe an seinem Gut Mount Vernon lag, den Ort der heutigen Hauptstadt der USA - ein sumpfiges Gelände, von Moskitos verseucht und mit tropischem Klima. Generationen von Politikern, Bürokraten und Diplomaten haben ihn dafür verflucht, bis die Erfindung der Klimaanlage für Linderung sorgte. Erst 1980 wurde den Angehörigen der britischen Botschaft die Tropenzulage gestrichen.

Am 15. Dezember 1791 holte der Congress zudem das Versäumnis der Verfassungsgebenden Versammlung nach und beschloß als Verfassungszusatz eine "Bill of Rights", die sich weitgehend an das Vorbild aus Virginia von 1776 hielt.

1794 gelang es John Jay, der nach London geschickt worden war, einen Handelsvertrag mit GB abzuschließen, der endlich wieder geregelte Handelsbeziehungen mit dem ehemaligen Mutterland und dessen karibischen Kolonien erlaubte. Mit Spanien wurde 1795 ein Vertrag abgeschlossen, der die US-amerikanischen Ansprüche auf das Gebiet östlich des Mississippi anerkannte und damit auch hier eine Klärung herbeiführte.

Innenpolitisch war die Washington-Administration eigentlich recht erfolgreich. So erfolgreich, daß Washington 1792 einstimmig wiedergewählt wurde. Dies hatte der erste Präsident der USA zu einem guten Teil der finanziellen Konsolidierungspolitik von Alexander Hamilton zu verdanken. Aber Maßnahmen zur finanziellen Gesundung haben immer ihren Preis und fordern immer Opfer. So erhöhte Hamilton die Steuerlast der Bürger, was ihm nicht nur Freunde machte. Unter anderem führte er 1791 auch eine Sondersteuer auf scharfe Getränke ein, die besonders den Whiskey betraf. An sich hätte dies kein Problem sein sollen, zumal die Belastung des Alkoholkonsums auch unter moralischen Gesichtspunkten löblich war. Aber Hamilton, der sich nur für das Leben in den Städten interessierte, hatte eine wesentliche Tatsache übersehen. Die Farmer an der westlichen Frontier konnten angesichts der schlechten Verkehrswege ihre Getreideprodukte am besten in flüssiger Form, eben als Whiskey, nach Osten transportieren und verkaufen. Eine spezielle Whiskeysteuer beraubte sie daher ihrer Konkurrenzfähigkeit. Das gab Ärger. Im Sommer 1794 kam es im westlichen Pennsylvania zur offenen Revolte, der "Whiskey Rebellion". Aufgebrachte Farmer rotteten sich zusammen und begannen eine regelrechte Terrorkampagne gegen Steuereintreiber,

staatliche Institutionen und loyale Steuerzahler. Washington griff durch. Er rief 12.900 Milizionäre zu den Waffen und entsandte General Henry Lee mit dieser Truppe, die größer war als alle Einheiten, die Washington während des Unabhängigkeitskrieges jemals zusammenbrachte, um den Aufstand niederzuschlagen. Doch die Truppen trafen auf keinerlei Widerstand und konnten nur mit Mühe gerade mal 20 Gefangene machen. Ein Showdown fand nicht statt, weil die Aufständischen die direkte Konfrontation scheuten. Stattdessen gingen die Schwarzbrennerei und der Whiskeyschmuggel im Verborgenen weiter - bis auf den heutigen Tag. Aber die Bundesregierung hatte sich Respekt verschafft und demonstriert, daß sie zum Durchgreifen entschlossen war. Die USA besaßen also endlich eine starke Zentralregierung.

George Washington führte sein Amt mit Würde und mit dem Pomp eines Monarchen. Letzteres nahm ihm kaum jemand übel, sondern erfüllte sogar viele Bürger mit Stolz auf ihre prachtvolle Regierung und ihren weltberühmten Präsidenten. Deshalb auch hatte ihm der Kongress das für damalige Verhältnisse enorme Gehalt von \$ 25.000 bewilligt. So war es ganz akzeptabel, daß der Präsident bei Empfängen mit einer sechsspännigen Kutsche vorfuhr. Man brauchte sich also nicht vor europäischen Monarchen zu verstecken. Die ausländischen Botschafter waren entsprechend beeindruckt.

Intern aber hatte sich die Bundesregierung längst in unversöhnliche Lager gespalten. Auf der einen Seite standen die zentralistischen Federalists unter der Führung des konservativen und hochmütigen Alexander Hamilton. Auf der anderen Seite opponierten die föderalistischen Republicans unter der Führung des menschenfreundlichen Spätaufklärers und Revolutionsenthusiasten Thomas Jefferson. Hier begann sich ein Zweiparteiensystem herauszubilden, das für die weitere innenpolitische Entwicklung prägend wurde. Doch der Streit zwischen diesen Lagern vergeltete Washington seine letzten Amtsjahre. So ließ er denn 1796 seine Umgebung und den Kongress wissen, daß er für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung stünde. Mit dem Abtritt Washingtons aber ging eine Ära zu Ende: die Gründungsphase der USA und damit die politische Revolution in Nordamerika.